

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **11 (1931-1932)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommunismus fand.“ Welche Summe enttäuschender Erfahrung hat ihn zu diesem Punkt getrieben, daß er nicht mehr anders konnte. Durch seine unbestechliche Gesinnung ein ganz besonderes Buch!

* * *

Die erste Periode des Nachkriegs führt vom Kameradschaftszusammenbruch bis zur Inflation. Der Kamerad wird wieder ein ziviler Herr Sowieso; die Notgemeinschaft des Krieges zersplittert in die Unzufriedenheit und Hilflosigkeit einer Unmenge Privatpersonen. Für die Menschen dieser ersten Periode ist das Wort Kenns „entwurzelt und hoffnungslos“ der Schlüssel für ihr gemeinsames Elend. Aber welche Spannweite zwischen dem passiven Pessimismus Remarques, wo man letzterdings zur Naturheilkunde flüchtet und dem Pessimismus von Kenn, der in den Kommunismus mündet. Ihr neuer Lebensraum entsteht mit der allgemeinen Atomisierung und Auflösung, ein Lebensraum der Isoliertheit von allen verbindenden Gemeinschaftswerten. In der Abstraktion, denn in Wirklichkeit sind es nur verschieden verteilte Wesenselemente, erscheinen neue Gesichter: Wandlungen der Gesamtanlage zu neuen Typen: der Pessimist ohne Boden; der end- und zwecklose Geschäftemacher; der andere verschleudernde oder sich wegwerfende Sexuelle; der soziale Revolutionär. Sie alle sind nicht Ausnahmen in einer Andersheit, sondern typische Zeitteile.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Zur politischen Lage.

Der Meinungsstreit um den Völkerbund. / Die kommende deutsch-französische Auseinandersetzung. / Die innere Entwicklung Deutschlands.

Wir lesen im Tagesbericht der „Basler Nachrichten“ vom 23. Oktober 1931: „D. Die gestrigen und heutigen Genfer Depeschen zeigen, daß der Völkerbundsrat an einer erneuten Vertagung seiner Verhandlungen über den Mandschurenkonflikt herummacht. Das kann bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck der Schwäche hervorrufen. Dieser Eindruck wäre aber falsch. Tatsächlich gehört auch die Vertagung zu den Bemühungen des Rats, beide Streitpartner höflich, aber energisch unter Druck zu setzen.“

Die seitherigen Ereignisse werden auch den Verfasser dieser bemerkenswerten Ereignisse mit einem ironischen Lächeln auf seine damaligen „Feststellungen“ zurückblicken lassen, wenn er sie nämlich noch einmal lesen sollte. Die Äußerung ist jedoch ein Zeugnis dafür, wie groß die Verlegenheit jener Partei getreuer Völkerbundsanhänger in der Schweiz war, die eben unbedingt einen Erfolg des Völkerbundes sehen muß! „Und geh es, wie es wöll. . .“

Seither ist die Lage des Völkerbundes in seiner Schlichterrolle im mandschurischen Streite nur immer unerfreulicher geworden. Wochenlang haben sich die neuen Verhandlungen des Völkerbundsrates in Paris hingezogen. Immer deutlicher wurde die völlige Hilfslosigkeit aller Völkerbundsinstanzen gegenüber dem Willen Japans und gegenüber seiner lächelnden Aalglattheit. Diese Lage wurde mit der Zeit allmählich peinlich. Glaubte man einmal, wenigstens auf dem Papier eine Einigung erzielt zu haben, so machten die Ereignisse in der Mandchurei einen neuen Strich durch die Rechnung oder es kam im letzten Augenblick wenigstens wieder ein neuer Vorbehalt von einer der Parteien. So wollten und wollten die Verhandlungen nicht vom Flecke rücken. Schließlich, als schon die ganze Welt sehr ungeduldig und natürlich auch sehr spottlustig geworden war, vermochte man doch noch einen der beliebten Völkerbundsabschlüsse zu erzielen. Man hat ja nachgerade eine beneidenswerte Geschicklichkeit darin gewonnen, schwierige Fragen damit zu „erledigen“, daß man sie an eine Kommission weist oder darüber eine allen Teilen recht gebende Resolution faßt. Diesmal hat man nun ein Übriges getan und hat sowohl eine Kommission bestellt als eine Resolution gefaßt! Was will man noch mehr?

In der völkerbundsgetreuen schweizerischen Presse erschienen denn auch sofort die fettgedruckten Überschriften: „Einigung des Völkerbundsrates“, „Einstimmige Annahme der Völkerbundsresolution“, „Erfolgreicher Abschluß der Ratstagung“ u. s. w. Darunter stand eine kurze Pariser Meldung, daß wirklich die Schlußresolution in Paris von allen Ratsmitgliedern angenommen worden sei. Erst wenn man geduldig weiter las und den ausführlichen Bericht über die Pariser Verhandlungen auch noch durchging, so stieß man auf die erbauliche Mitteilung, daß die beiden streitenden Parteien zu der schönen Völkerbundsresolution ausdrücklich ihre Vorbehalte gemacht haben. China hat das nur in einem einzigen Falle getan, Japan aber gleich in acht Fällen. Damit behielten sich beide Teile für die hauptsächlichsten Streitpunkte freie Hand vor!

Es bedeutet unter diesen Umständen allerhand, wenn man dieses Ergebnis als Erfolg bezeichnet, wie das z. B. in der „Züricher Post“ vom 14. Dezember gesehen ist:

„Ein Erfolg des Völkerbundsrates. Wochenlang hat der Völkerbundsrat nun in Paris getagt, wochenlang hat er zwischen japanischen Quertreibereien und chinesischer Verwirrung vermitteln müssen. Was dabei herausgekommen ist, macht einen mageren Eindruck, aber es ist doch etwas herausgekommen, und die Existenz des Völkerbundes hat erfordert, daß die beiden Konfliktparteien vor einer internationalen Behörde Rechenschaft ablegen mußten und daß durch diese Behörde der Druck einer Art Weltmeinung auf sie ausgeübt wurde. Das ist, wie die Dinge auch im Einzelnen liegen, der Erfolg des Völkerbundes im Mandchureikonflikt, ein Erfolg, der durchaus ermutigend ist.“

Eine derartige Einstellung kann man nur auf eine Art erklären: Man will am Völkerbund mit aller Gewalt nur Erfolge sehen und sieht sie deshalb absichtlich oder unabsichtlich auch da, wo eine ernsthafte Überlegung zu den schwersten Bedenken führen müßte. Man klammert sich deshalb an die Form, die ja bei Völkerbundsaktionen immer recht geschickt aufgezo-gen wird.

In diesem Vorgehen liegen allerlei Gefahren. Erstens einmal befördert man damit die rein formalen Künste der Völkerbundsdiplomatie, die über die Tatsachen mit schönen Worten hinweggleiten will. Das mag für den Augenblick recht angenehm sein, da man der Wirklichkeit nicht klar entgegensehen muß, wird sich aber früher oder später rächen. Man schafft aber ferner durch ein solches Vorgehen eine völlig falsche Sicherheit in der öffentlichen Meinung, die planmäßig dazu gebracht wird, an Kräfte zu glauben, die nun einmal nicht vorhanden sind. Man trifft schließlich damit zu Gunsten einer augenblicklichen Beruhigung den Grundsatz aufs schwerste, daß der Völkerbund das Recht zu verfechten hat und nicht die geschmeidige

Politik des jeweiligen gerade Möglichen zu verfolgen hat. Das aber ist im mandschurischen Streit in ausgiebigem Maße der Fall und wirkt sich vollständig gegen das schwächere China aus.

Einer so unvorsichtigen Schönfärbearbeitung gegenüber wirkt z. B. die Haltung des Außenpolitikers der „Gazette de Lausanne“ sehr vernünftig, der am 14. Dezember die mandschurische Politik des Völkerbundsrates folgendermaßen kennzeichnete:

„Der Völkerbundsrat hat einen Treffpunkt für Interessen gesucht, die doch völlig auseinander laufen. Er hat sich vorgenommen, Leute zusammenzubringen, die sich verabscheuen. Um das aber zu erreichen, hat er schließlich seine ganze Tätigkeit darauf beschränkt, eine Formel zu finden, die immer unbestimmter und nichtsagender wurde; denn natürlich mußte sie wie alle Formeln unbestimmt und nichtsagend sein, um von jedermann angenommen zu werden.

Aber ist das nicht das gewohnte Vorgehen, das man seit Jahren befolgt? Strengt man sich nicht seit Jahren bei jeder Gelegenheit an, eine Formel zu finden, weil man sich nicht einigen kann, etwas Besseres zu tun? Dann kann man ja ausrufen: Sieg, Sieg, wenn man die Formel gefunden hat! Und so sucht man mit Worten die wirklichen Tatsachen zu verbergen. . .“

Wir sind mit dieser Beurteilung vollständig einverstanden. Wir sind ebenfalls mit der Ansicht des gleichen Aufsatzes einverstanden, daß der Völkerbund auch nicht beanspruchen darf, durch seine Vermittlertätigkeit einen Krieg verhindert zu haben. Zu einem Krieg gehören, wie ganz richtig gesagt wird, zwei Teile, und China ist eben gar nicht im Stande, einen Krieg zu führen. Auch ohne den Völkerbund wäre also die Sache zu Gunsten Japans rasch erledigt gewesen, nur vielleicht noch erheblich rascher als jetzt. Und die Vermittlerrolle hätte ebensogut eine Botschafterkonferenz der Großmächte übernehmen können, wenn das notwendig geworden wäre.

Von Leistungen des Völkerbundsrates bleibt also wenig oder nichts übrig. Dafür ist die Tatsache von neuem bekräftigt worden, daß die ganze große Friedensmaschine einer Großmacht gegenüber kläglich versagt, wenn nicht andere Großmächte mit ihren Machtmitteln entschlossen dahinter stehen. Von Recht und Gerechtigkeit und all den schönen Idealen bleibt da herzlich wenig mehr übrig. Das müssen wir uns merken!



Über all dem fernen Kriegslärm aus der Mandchurei und über die krampfhaften und vergeblichen Versuche des Völkerbundsrates zu einer Vermittlung zwischen den beiden ostasiatischen Gegnern hinweg wird sich in den kommenden Wochen und Monaten immer stärker das Problem des deutsch-französischen Verhältnisses der Öffentlichkeit Europas und der ganzen Welt aufdrängen. Über all dem mandschurischen Geschrei und über den wirtschaftlichen Nöten hat man dieses alte Kernproblem bei uns beinahe vergessen. Nun aber wird man sich wieder ernsthaft mit ihm beschäftigen müssen, denn bereits hat die neue Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich an den verschiedensten Stellen eingesetzt.

Da ist einmal das Aufeinanderplagen der beidseitigen Interessen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete festzustellen. Frankreich hält seit dem Ausgange des Weltkrieges unverrückbar daran fest, daß Deutschland die Schäden des Krieges auch finanziell auszugleichen habe. Es hat diesen Grundsatz im Versailler Vertrag formuliert niederlegen lassen. Es hat auch je und je gezeigt, daß es diese Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht als bloßen Buchstaben auffasse, sondern die tatsächliche und vollständige Erfüllung verlange. Es hat dazu selbst die militärische Besetzung des Ruhrgebietes vorgenommen, es ist also auch vor der Gewalt nicht zurückgeschreckt, um die deutschen Zahlungen in Fluß zu halten. In den zwölf Jahren seit Kriegsende ist es lediglich durch den Druck der ganzen Welt so

weit gekommen, daß Frankreich in eine gewisse Ermäßigung der ursprünglich ins Uferlose gehenden Forderungen nach „Reparation“ einwilligte. Ein erster Abbau dieser Forderungen erfolgte durch den Dawes-Plan, ein zweiter, erheblich weitergehender, durch den Youngplan. Schließlich ist es dann auf Veranlassung Hoovers in diesem Jahre zur vorläufigen, freilich nicht restlosen Einstellung der deutschen Zahlungen gekommen. Nur der Druck Amerikas angesichts des drohenden zweiten Zusammenbruchs der deutschen Finanzen hat Frankreich so weit gebracht. Das Ministerium Laval hat aber lieber einen Finanzkrieg mit England und den Vereinigten Staaten unternommen als gänzlich auf die Reparationen zu verzichten.

Heute weiß man, daß Deutschland völlig außer Stande ist, nach Ablauf der bewilligten Schonfrist die Zahlungen an Frankreich wieder aufzunehmen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage des deutschen Reiches hat sich ja rasch weiter verschlechtert und sehr große Teile der deutschen Bevölkerung leben schon heute in einem kaum vorstellbaren Elend. So werden denn nächstens die Verhandlungen über die deutschen Reparationszahlungen von neuem ernsthaft in Gang kommen, nachdem ja die Finanzleute bereits in Basel zusammengetreten sind. Daß Deutschland nicht zahlen kann und nicht zahlen wird, steht fest. Was wird Frankreich dazu sagen? Was wird Frankreich für den vorläufigen Verzicht auf deutsche Zahlungen verlangen? Man weiß ja, daß es früher schon politische Zugeständnisse verlangte: Eine erneute Anerkennung der 1918/19 geschaffenen Zustände in Europa durch Deutschland, Entgegenkommen gegen die französischen Vasallenstaaten und vor allem gegen Polen, schließlich wahrscheinlich auch die unbefristete Verlängerung der französischen Herrschaft im Saargebiet. Diese Forderungen werden sicher erhoben werden, was aber Paris im einzelnen verlangen wird, das steht noch dahin.

Nun weiß man aber ohne weiteres, daß die Regierung Brüning derartige französische Forderungen nicht annehmen wird. Man kann ruhig sagen, daß keine deutsche Regierung solche Forderungen Frankreichs annehmen kann, ohne nicht sofort weggesetzt zu werden. Was aber soll also geschehen? Was werden die angelsächsischen Mächte tun? Was wird Frankreich unternehmen? Wird es von neuem zur Gewalt, zur Besetzung deutschen Gebiets schreiten? Das sind Schicksalsfragen für die europäische Zukunft, auf die man heute noch keine Antwort weiß. Jedenfalls wird die weitere Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Frankreichs bei der Beantwortung dieser Fragen wesentlich mitwirken. Bleibt die günstige Lage für Frankreich bestehen, so wird es auch politisch seine Ansprüche durchsetzen und wahrscheinlich auf irgend eine Weise durchsetzen.

Dazu kommt nun eine zweite schwere Auseinandersetzung auf der kommenden großen Abrüstungskonferenz in Genf. Auch hier stehen sich die Meinungen Deutschlands und Frankreichs schroff gegenüber. Frankreich denkt gar nicht daran, seine Rüstungen einzuschränken. Es hält seine militärischen Machtmittel für den wichtigsten Pfeiler seiner überragenden Vormachtstellung auf dem europäischen Festland. Wahrscheinlich hat es damit vollständig recht. Weiter hält es aber auch die erzwungene Abrüstung Deutschlands für ebenso wichtig für die Erhaltung seiner Vormachtstellung und sehr wahrscheinlich hat es auch damit recht. Es wird also alle Versuche Deutschlands, aus dem moralischen Mäntelchen des Versailler Vertrages für die eigene Rüstungsfreiheit oder die Abrüstung der andern Nutzen zu ziehen, schroff ablehnen. Es wird auch die Bestrebungen der angelsächsischen Mächte, das französische Kriegsinstrument zu schwächen, ebenso bestimmt zurückweisen. Damit aber werden auf der Abrüstungskonferenz mancherlei Zusammenstöße unvermeidlich sein, wenn auch heute schon die Hoffnungen auf irgend ein Ergebnis der Abrüstungskonferenz einen kaum überschreitbaren Tiefpunkt erreicht haben.

So sind die Zukunftsaussichten für ein Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs nicht gerade günstig, wenn auch nicht hoffnungslos. Vor allem stimmt bedenklich, daß die Regierung Laval fast völlig ins nationalistische Fahrwasser ge-

kommen ist. Briand ist von Laval ganz zur Seite geschoben worden, wobei der frühere Linksmann sich immer stärker auf die Rechte stützt. Dafür hat seine Einstellung zu den Vorfällen im Trocadéro in Paris und jenen in Bordeaux deutlich Zeugnis abgelegt. Laval hat die Ausschreitungen der französischen Nationalisten gegen eine internationale Friedenskundgebung mit Rednern vom Gewicht des früheren amerikanischen Botschafters Houghton, des Engländers Lord Cecil, des deutschen Reichstagsabgeordneten Joos gebilligt und die Sprengung einer nationalistischen Versammlung in Bordeaux durch die Linksparteien verurteilt. Was läßt eine solche Einstellung erwarten?

* * *

Völlig unsicher bleibt dabei die zukünftige Haltung Deutschlands. Die Not hat in allen Teilen des deutschen Volkes soweit um sich gegriffen und eine derartige Höhe erreicht, daß langsam aber sicher alle alten Bindungen zermahlen werden. Der gewöhnliche Bürger und erst recht der höher Gebildete und weiter Blickende verliert alles und jedes Vertrauen zu den bestehenden Einrichtungen und den bisherigen Führern. Die Massen sind in eine derartige Notlage gekommen, daß sie sich sagen, schlechter könne es nicht mehr kommen, höchstens besser. So sehen wir denn, wie diese Massen unruhig zwischen den Extremen Rechts und Links schwanken und bei ihnen den Ausweg aus der Not der Gegenwart suchen. Aus dieser Lage ziehen die Kommunisten weidlich ihren Vorteil. Aus dieser Lage aber wächst der Nationalsozialismus mit geradezu tropischer Schnelligkeit und elementarer Kraft. Die alten gemäßigten Parteien aber und politischen Richtungen werden zerrieben. Die liberalen Gruppen sinken zur Bedeutungslosigkeit herunter. Die Sozialdemokratie mit ihrem gewaltigen Apparat erlebt nachgerade lebensgefährliche Einbußen und sieht den Augenblick herannahen, wo die Macht im Staate und damit die Verfügung über die staatlichen Geldmittel und die Staatsstellen ihr entgleitet. In einer solchen Lage werden die Konjunktursozialisten rasch verschwunden sein. Selbst das Zentrum sieht seine bisher so totsichern Wählermassen ins Wanken geraten. Sie alle werden von Kommunisten und Nationalsozialisten beerbt. Kommen einmal die Preußenwahlen oder gar neue Reichstagswahlen, so wird die innerpolitische Entscheidung fallen.

Unter solchen Umständen steht die Regierung Brüning vor einer ungeheuern Aufgabe gegenüber dem Ansturm von innen und dazu auch noch gegenüber dem Ansturm von außen. Es ist gänzlich unsicher, ob es ihr gelingen wird, mit all der entfalteten Energie und all den radikalen Maßnahmen das Steuer in den Händen zu behalten. Aber was dann? Wird es zu der auf die Reichswehr gestützten Diktatur kommen? Wird Hitler ans Ruder gelangen und wird er dann der furchtbaren Lage Meister werden? Niemand kann das wissen und niemand erkennt den Ausweg. Die Zeit wird die Antwort geben.

A r a u, den 16. Dezember 1931.

H e k t o r A m m a n n.